

"Prinzip Solidarität"

„Je freiheitlicher eine Gesellschaft – umso gefährdeter der gesellschaftliche Konsens“.

- *Richard David Precht* -

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat welt-, europa- und bundesweit zu einer tiefen Vertrauenskrise geführt.

Die Entgrenzung der Finanzwirtschaft und die Deregulierung wirtschaftlichen Handelns haben den Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet:

- die Bankenrettung hat zunächst den Blutkreislauf des Geldes aufrecht erhalten
- nun gibt es gewaltige Gewinnausschüttungen just für jene, die Pleite gegangen sind
- Superreiche werden wieder reicher
- die im Rahmen der Agenda 2010 eingeleitete Spaltung des Arbeitsmarktes setzt sich weiter fort
- die soziale Schieflage und Entsolidarisierung im Bereich der sozialen Sicherung der Generationen ist gewollt und schreitet weiter voran.

Manche nutzen die Gunst der Stunde und heizen Ängste vor dem Abstieg und vor Überfremdung an.

Damit ist kein Staat zu machen. Der Unmut ist spürbar: Aversionen, Aggressionen und eine diffuse Antihaltung macht sich breit. Festzuhalten ist:

Je mehr Freiheit eingefordert und gewährt wird, von Leuten und Lobbyisten die sagen:

Unterm Strich zähl nur ich; mein Mehr – haben – Wollen; mein Erfolg; meine (Finanz- Macht); mein

Durchsetzungsvermögen; meine Coolness, meine Kraft und je weniger diese freiheitlich egoistischen Forderungen begrenzt werden von Regeln, die den Bedarf an und das Recht auf Teilhabe aller sicherstellen, umso mehr gerät eine Gesellschaft aus den Fugen.

Es sieht ganz danach aus, als ob der Wertekonsens – „wem viel gegeben ist, bei dem wird man viel suchen“ (Lukas 12,48) (dürfen) – verloren gegangen ist.

„Ohne eine Vision geht ein Volk zugrunde“ – Gerechtigkeit hingegen „erhöht ein Volk“. Daran erinnert die Heilige Schrift. Das Prinzip der Solidarität ist eines der Werte, ohne die wir unsere Gesellschaft, unser Arbeits- und Wirtschaftsleben und unser Gemeinwesen nicht friedlich gestalten und bauen können.

Diese Solidarität gilt es, wieder mit Leben zu füllen und strukturell zu verankern: in der Zivilgesellschaft, in den Betrieben und Unternehmen, zwischen Verbrauchern und Beschäftigten und in der Konstruktion des Sozialstaates und seiner Finanzierung, für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.

Jens Junginger, Wirtschafts- und Sozialpfarrer, Reutlingen



Bericht aus der Landesleitung

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ean-Gruppen, liebe ean Mitglieder und liebe ean Unterstützer.

Mit vielen guten Ideen und Themen haben die ean und ihre Gruppen das neue Programmjahr begonnen. Probleme, gesellschaftliche Veränderungen gibt es sehr viele. Die Krise ist ja scheinbar überstanden, aber nicht für alle. Die Aufträge sind zwar wieder da, die Konjunktur ist gut, aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bisher die Lasten getragen und die Langzeitarbeitslosen und Älteren sind weiterhin fast chancenlos.

Bildung ist das Schlüsselwort, das scheinbar viele Probleme lösen kann. Die ean hat die Bildungspolitik in ihrem Forum „Jedem eine faire Chance — Bildungspolitik auf dem Prüfstand“, zum Thema gemacht und interessante Informationen erhalten. Die Diskussionen waren dabei sehr engagiert. Ausführlich können Sie dazu einen Bericht lesen. Jens Junginger hat Recht, wenn er ermahnt wieder Solidarität mit Leben zu füllen und strukturell zu verankern. Die ean und die Evang. Arbeitnehmergruppen sind Lernorte der Solidarität, bzw. könnten es wieder werden. Politisches Engagement und Verantwortung sind mehr denn je gefragt.

Diese Meinung vertritt auch der neue Ratsvorsitzende der EKD *Nikolaus Schneider*: „Die evangelische Kirche war immer dann am stärksten, wenn sie leidenschaftlich beunruhigt war.“

Ich gestehe zu: Unruhe kann, um Gottes und der Menschen willen, heilsam und vielleicht sogar notwendig sein. Das gilt für uns Menschen: Wenn wir uns in satter Selbstzufriedenheit eingerichtet haben und unsere eigene Befindlichkeit selbstgerecht zum Maß aller Dinge machen.“ (aus der Predigt im Abschlussgottesdienst der 3. Tagung der 11. Synode der EKD in der Elisabethkirche zu Langenhagen).

Dass Menschen bereit sind sich zu engagieren, zeigt nicht nur Stuttgart 21. Die ean Kehl unterstützt das *Rheinauer Bündnis* "Bunt statt braun", wir sind als ean bei den Bündnissen gegen die Kopfpauschale dabei, in der Allianz für den freien Sonntag und bei der Demo in Stuttgart „Gerecht geht anders!“

Der Arbeitskreis „Theologie“ des BVEA hat die Dringlichkeit dieses Themas erkannt und wird die Arbeitshilfe „Lernorte der Solidarität“ erstellen.

So sind die Sozialwahlen 2011 ganz wichtig, wenn man sieht, wie das solidarische Sozialversicherungssystem immer weiter abgeschafft wird.

Unsere Teilnahme, Unterstützung und die Aufstellung von Kandidaten ist ein Ja für das Solidarprinzip.

Umso wichtiger ist es, dass die ean Partner und Verbündete hat, denn gemeinschaftlich und im Austausch miteinander lassen sich neue Erfahrungen machen und neue Wege gehen. Deshalb pflegen wir die Kontakte zur EOP, ACO, KAB und freuen uns auf gemeinschaftliche Vorhaben, wie das Ökumenische Treffen in Strassbourg und die *Südbadischen Sozialtage*. Neue Begegnungen finden auch auf unseren Tagungen, Studienfahrten, Freizeiten und der Radtour statt. Wir laden herzlich ein zum Mitmachen und Mitgestalten. Werden Sie Mitglied bei der ean und fördern Sie damit einen wichtigen Arbeitsbereich der Kirche.

Willi Rojek, 1. Vorsitzender der ean
Siegfried Aulich, ean Geschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

| Thema: | |
|--|----|
| <i>Prinzip Solidarität</i> | 1 |
| <i>Bericht aus der Landesleitung / Inhalt</i> | 2 |
| <i>ean vor Ort, ean-Forum</i> | 3 |
| <i>ean vor Ort, ean-Forum</i> | 4 |
| <i>ean vor Ort, Ruhr 2010</i> | 5 |
| <i>ean vor Ort, Pilgerweg</i> | 6 |
| <i>ean vor Ort, Standpunkte</i> | 7 |
| <i>ean vor Ort, Wege zum Glauben</i> | 8 |
| <i>Infos</i> | 9 |
| <i>Infos</i> | 10 |
| <i>Kirche und Gesellschaft, Kreuz</i> | 11 |
| <i>Kirche und Gesellschaft, Gesundheit</i> | 12 |
| <i>Kirche und Gesellschaft, Aktionsbündnis</i> | 13 |
| <i>Aktionsbündnis, Unterzeichner</i> | 14 |
| <i>Weihnachtsgruß</i> | 15 |
| <i>Wir bieten an, Impressum</i> | 16 |

ean vor Ort

ean-Forum: „Jedem eine faire Chance“- Bildungspolitik auf dem Prüfstand-

Im Caritas –Tagungszentrum Frbg. fand vom 22.-24.10.10 das ean-Forum statt. *Willi Rojek* begrüßt die Teilnehmer und zitierte auszugsweise aus dem Buch „Föhn mich nicht zu“ von *Stephan Serin*. *Frau Christiane Staab*, Mitglied des Landeselternbeirates und Landessynodale, referierte unter dem Thema: Muss das Kind reif für die Schule sein oder die Schule für das Kind. Was erwartet heute die Schule von den Kindern. Die Situation hat sich in den letzten 30 Jahren sehr verändert. Viele Klassen setzen sich mehrheitlich aus Kindern mit Migrationshintergrund zusammen. Es gibt prekäre Stadtteile, Eltern ohne Lust, Lehrer mit der alten Ausbildung und die gleichen Schulen und Zimmer. *Frau Staab* plädierte für eine andere Schule. Kinder müssen vor Ort gefördert werden, sonst geht eine ganze Generation verloren. Sie erinnert an die Pisa-Studie, nach der das Elternhaus über den Bildungsabschluss der Kinder entscheidet. Die Schule braucht eine faire Chance, Lehrer brauchen mehr Zeit und kleinere Klassen. Weiter erinnerte sie an eine Anerkennungskultur, wo Räume für Kreativität möglich sind, Kinder ganzheitlich gesehen werden und Gaben gefördert werden. Und sie möchte eine Kultur des Hinguckens, schauen, was bringen Kinder mit etc.. Denn alle Kinder und Menschen haben auch Kompetenzen, die es gilt anzuerkennen z.B. Kompetenznote. In der Diskussion wurde eine Änderung des Schulsystem und der Lehrerausbildung gefordert.

Am Samstagvormittag begrüßte *Siegfried Aulich*, *Pfarrer Jean- Jacques Dietsch* und einige EOP Mitglieder, die an diesem Tag aus Colmar zum ean – Forum angereist waren. Die Begegnung über die Grenzen hinweg, ist ein wichtiger Aspekt. Willkommen geheißen wurde auch *Frau Prof. Dr. Isa Breitmaier* von der Evang. Hochschule Freiburg. Ihr Thema war: „*Neue Wege der Bildung in einer Zeit der Arbeitslosigkeit – Chancenlosigkeit*“. Im 20. Jahrhundert griff die Befreiungspädagogik diese Gedanken auf. 1971 erschien *Paolo Freires* „Die Pädagogik der Unterdrückten“, die weltweit Aufsehen erregte. Sein Bildungsprojekt fußte auf einem Alphabetisierungsprogramm, das nicht nur eine Technik zum Erwerb des Lesens und Schreibens, sondern auch eine Methode zur Herausbildung kritischen Bewusstseins darstellte, die den Lernenden ihre soziale und politische Situation vor Augen stellen sollte. Es hat bis heute Einfluss im Bildungskonzept der Erwachsenenbildung. Im Bericht des

Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Bildung in Deutschland 2008“, wird darauf hingewiesen, dass bei 23% der Kinder in Deutschland das Einkommen der Familie unter der Armutgefährdungsgrenze liegt. Jedes zehnte Kind unter 18 Jahren lebt in einer Familie, in der kein Elternteil erwerbstätig war. Betrachtet man daneben die Tatsache, dass der soziale Status und Bildungsstand der Herkunftsfamilie im Bildungslauf der Kinder einen großen Einfluss hat, dann wird die Risikolage der Kinder verständlich. Mit einem höheren sozioökonomischen Status gehen bis zu dreimal geringere Hauptschul- und bis zu fünfmal höhere Gymnasialbesuchsquoten einher. Hier entsteht mehr und mehr eine Parallelgesellschaft die im normalen Alltag nur wenig auffällt, die aber unüberwindbare Grenzen steckt, die durch Scham und zu geringes Einkommen errichtet werden. Migrationshintergrund führt bei allen Stufen des Schulsystems zu Benachteiligung. Die Ergebnisse des Bildungsberichts machen deutlich, wie eng soziale Benachteiligung und Bildung miteinander verzahnt sind. Bildung ist aus der Sicht von Befreiungspädagogen wie *Hugo Assmann* und *Jung Mo Sung* zur sozialen Aufgabe Nr. 1 aufgestiegen, insofern sie sich für neue Formen und Methoden aufgeschlossen zeigen und das soziale Mitgefühl mit einbezieht, das für die Konstruktion einer Welt, in der alle Platz haben, unerlässlich ist. Bildung und Ausbildung bedeuten heute in manchen Kontexten bereits „Leben retten“. Was kann nun die Erwachsenenbildung über die Diakonie hinaus leisten? Sie muss an der Deutung der bestehenden Ordnung ansetzen, Perspektivlosigkeit in Frage stellen und Chancen aufzeigen helfen. Die Deutungsebene hat zwei Seiten: Das „Innen“ und das „Außen“. Dieses „Innen“ und „Außen“ umgibt jeden Menschen, egal welcher Schicht, welchem Milieu er oder sie entstammt, es bildet die Grenzen, die überschritten werden müssen, wenn jemand solidarisch sein und den Anderen in seiner radikalen Andersartigkeit schätzen lernen möchte. Im weiteren Sinn geht es hier darum interkulturelle Kompetenz zu vermitteln, um sowohl das „Innen“ als auch das „Außen“ durchlässiger zu machen. Solidarität ist eine Einstellung, mit der wir das Leben betrachten. Es ist eine zwischenmenschliche Beziehung, die im Anderssein gründet. Sie setzt voraus, dass wir den Anderen, die Andere als solche und in ihrer Einzigartigkeit anerkennen. Unsere Bildung muss dem Zweifel Raum geben und ihn positiv bewerten. Es geht um den Zweifel der Lehrenden und der Lernenden und um die Unsicherheit, die integrierender Bestandteil des

ean vor Ort

Wissenschaftsbetriebs ist. Es wird einem Bildungsbegriff widersprochen, nach dem Wissenschaft eine Ansammlung von Wahrheiten ist. Ziel ist das Beziehungsangebot an den Anderen / die Andere. *Frau Prof. Dr. Breitmaier* stellte ein Projekt „Perspektivwechsel“ der Erwachsenenbildung im Bezirk Karlsruhe und Durlach vor. Ziel ist Vernetzung schaffen durch ein Angebot mit ausgegrenzten Menschen, das sie verlockend finden und das Begegnungsmöglichkeiten schafft. In der Begegnung ändern sich die Zuschreibungen, werden Lebensläufe verständlicher. Die Diskussionsbeiträge waren sehr lebhaft: Erfahrungswissen sollte immer mehr eine Rolle spielen, neugierig auf andere und ihre Lebenssituation sein. Es sollen Barrieren abgebaut werden und die Angst genommen werden. Das Hauptproblem scheinen die Vorurteile der Besitzenden zu sein. Der zweite Vortrag des Morgens „Karriere durch Lehre“ stellte die Chancen der Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk dar. *Herr Bitzendorfer*, Referatsleiter der Beruflichen Bildung der Handwerkskammer Freiburg nahm die Teilnehmer in einer sehr interessanten Powerpointpräsentation mit in die Welt des Handwerks und seiner vielfältigen Angebote. Er stellte das duale Ausbildungssystem vor, die zentralen Ausbildungszentren und auch viele Berufe, die gar nicht so bekannt sind. Es gibt 350 Ausbildungsberufe. Er ging kurz auf die Situation der Bildung ein, denn ca. 8% der Schüler gehen jedes Jahr ohne Hauptschulabschluss von der Schule. Somit fehlen Nachwuchskräfte für unsere Technologieindustrie. Wir brauchen zukünftig mehr kreative Menschen. Deshalb gibt es von der Kammer auch für Hauptschüler und Schulen Bildungspartnerschaften. Auch *Herr Bitzendorfer* hält Kompetenzerfahrung für wichtig. Der Vortrag ermunterte zu einer regen Diskussion. So wurde an die Verantwortung der Unternehmer für die Ausbildung appelliert, mehr Hauptschülern eine Chance zu geben. Und die Handwerkskammer aufgefordert doch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Am Samstagnachmittag stellte *Frau Adam*, Bezirksvorsitzende der GEW, die Bildungspolitik aus gewerkschaftlicher Sicht dar. Schule ist heute facettenreicher. Mehr Bürger sollten sich politisch engagieren. Es muss Bildung für alle geben. Z. Zt. ist unser Bildungssystem zu selektiv. Die Chancen sind abhängig von der Herkunft. Nicht reparieren, sondern investieren forderte *Frau Adam*. Die Kiga- Ausstattung muss besser werden. Außerdem plädierte sie für längeres gemeinsames Lernen.

Die Werkrealschule wurde auf Kosten der Hauptschule installiert, ob sie die Erwartungen bringt sei dahingestellt. Denn die Schülerzahlen sind nicht ausreichend, um sie zu sichern. Wir brauchen ein Haus des Lernens, eine Schule für alle. Wichtig ist das soziale Lernen, was jetzt zu kurz kommt. Kritisch sieht sie auch die Reform G8. Es wurden von 410 Schulen schon 83 geschlossen. Auch die Debatte um Inklusion in der Schule sieht sie kritisch, da es ohne zusätzliche Ressourcen gehen soll. In der Diskussion wurden noch mal einige Themen kritisch aufgenommen. Es wurde die Lehrerbildung hinterfragt, auch die Qualität der Werkrealschule. Angefragt wurde, warum Bildungspolitik so einen geringen Stellenwert hat. Die Kirche und die Bildung stellte in einer Powerpointpräsentation *Herr Koch* vom Referat Bildung der Landeskirche dar. *Koch* führte weiter aus, was Bildung im kirchlichen Bereich bedeutet und wie der Begriff sich auch gewandelt hat. Bildung ist mehr als Wissen und Zweck. Bildung ist nach kirchlichem Verständnis, ein verwandelt werden in ein geschöpfliches Wesen Gottes. So ist Bildung auch immer ethisches Handeln. *Koch* skizzierte die Bedeutung der Bildung von *Meister Eckart* bis in die Neuzeit. *Luther* und *Melanchthon* wollten als Lehrer in der Reformation Deutschlands den Menschen zu sozialem Verhalten erziehen. *Comenius* machte ein Bildungsgesamtkonzept, Bildung für alle. *Humboldt* setzte den Begriff der Freiheit, so ist Bildung kein Privileg der Besitzenden. Und in den 80er Jahren meint *Klafki*, Bildung ist die Befähigung zur Bewältigung von Schlüsselproblemen. Die Schlüsselprobleme, wie Kriege, Hunger, Klimawandel, Demographischer Wandel etc., sind in einem integrativen Bildungsbegriff Gestaltungsmöglichkeiten. Und hier setzt die Mitverantwortung der Kirche in der Bildung an, z.B. im Kirchl. Gesetz über den Religionsunterricht in Baden vom April 2000. Noch deutlicher wird dies im Schulpolit. Papier der beiden Evang. Kirchen in Baden-Württemberg 2009 und konkret in der Umsetzung in eines Bildungsgesamtplans „Freiheit und Liebe“ in Baden 2010. Die Kritik am derzeitigen Schulsystem möchte die Kirche mit anderen Schulmodellen beantworten. So wurden Evang. Schulen gegründet und eine Schulstiftung. Geplant ist ein Bildungskongress 2012. In der Diskussion wurden die zurückhaltende Meinung zu wichtigen Themen angesprochen. Kirche soll wieder mehr gesellschaftliche Akzente setzen. Es wurde auch die Sparmaßnahmen in

ean vor Ort

manchen Bereichen der Kirche diskutiert, die Bildungsangebote auch beschwerlich machen. Mit besonderer Freude wurde das kulturelle Angebot der Tagung wahrgenommen. Die musikalischen Leckerbissen aus aller Welt, wie Klezmer und Oldtime-Jazz von der Gruppe Ragout - Fin, waren ein Genuss. www.ragout-fin.de

Am Sonntagmorgen präsentierte engagiert *Herr Haselmann*, leitender Regierungsschuldirektor den Beitrag des Kultusministerium für faire Bildungschancen. Er erklärte eingangs, wir können uns nicht leisten, dass Menschen auf der Strecke bleiben. Eine gute Schule muss gute Leistung erbringen, sozial gerecht sein und potentielle Bildungsverlierer gezielt fördern. Aber unser Schulsystem kann soziale Ungleichheit nur begrenzt abmildern. Entscheidend sind die Angebote, die vor Ort umgesetzt werden. Dazu gibt es folgende Eckpunkte: die Verfassung, Bildungspläne, Bildungsoffensive Expertenrat, Mentorenprogramme etc. Die neuen Bildungspläne geben weniger staatliche Vorgaben und größere Freiräume für die Schulen. Die Bildungsoffensive senkte den Klassenteiler von 30 auf 28. Die neue Werkrealschule soll den Zugang zum mittleren Bildungsabschluss sichern. Weiter fordert der Expertenrat „Herkunft und Bildungserfolg“, die besondere individuelle Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten als eine zentrale Zukunftsaufgabe. Wichtige Angebote von Grundschulen sind Unterstützungsmaßnahmen, Projekte / Modellversuche, personelle Ausweitungen, Netzwerke und Kommunikationen. Es gibt sehr viele Einzelmaßnahmen für Lerngehemmte, LRS, ADHS, im vorschulischen Bereich, doch letztlich entscheidend ist die Einstellung und Beziehungskompetenz der Lehrkräfte zu jedem einzelnen Schüler, die fachliche Qualifikation für individualisiertes Lernen, der Optimismus, die Toleranz, die Offenheit. In der anschließenden regen Diskussion wurden neben negativen Erfahrungen mit der Schule als Eltern nachfolgende Punkte diskutiert. Die Bildungspläne und das PH-Studium müssen besser aufeinander abgestimmt sein. Es wurde noch mal gefragt, ob die Werkrealschule eine Mogelpackung ist oder wirtschaftsfreundliches update. Lehrer sollten mehr Fortbildung in Sprache und Kommunikation erhalten. Die Eltern sollten auch mehr die Lehrer und die Schule unterstützen und nicht noch zur Demontage beitragen. Fazit der Tagung: Es wurde gut und umfangreich informiert. Bildung ist und bleibt ein wichtiges Thema. Die ean Baden hat somit einen wichtigen Impuls gesetzt und unterstützt das Schwerpunktthema der EKD Synode.

Siegfried Aulich, Karlsruhe

Ruhr 2010 - Essen Kulturhauptstadt Europas

Zu einer besonderen Studienfahrt führen 15 Teilnehmer in das Ruhrgebiet. Viele interessante Eindrücke sammelten die Kulturreisenden der ean- Ortsgruppe Kehl während ihrer viertägigen Studienfahrt nach Essen.

Ein strammes Programm, welches *Ilse Eckert* und *Heike Fischer* vorbereitet hatten, musste absolviert werden, aber die Anstrengung hat sich gelohnt. Schon alleine die Zugfahrt durch das Rheintal war eindrucksvoll.

Am ersten Tag führte die Gruppe *Frau Wittlich* von der Geschäftsstelle des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen BVEA in Essen durch die Stadt. Weitere Stationen des Stadtrundganges waren die Kreuzeskirche, der Dom, die Synagoge und das Unperfekt-Haus.

Das Bergbaumuseum und Folkwang Museum, sowie eine Stadtrundfahrt folgten am zweiten Tag.

Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch der Zeche Zollverein am dritten Tag. Nachdem bereits am Vormittag der Grugapark besucht worden war, erforderte der Besuch des weitläufigen Zollvereinsgeländes, das zum Weltkulturerbe gehört, von den Teilnehmern eine besondere Kondition. Die Zeche Zollverein zeigt deutlich die Arbeits- und Produktionsbedingungen im Bergbau. Nach diesem Besuch kommt man der Geschichte des Ruhrgebietes näher. Voller neuer Eindrücke fuhr die ean Gruppe am vierten Tag wieder nach Hause. Das Ruhrgebiet und die Stadt Essen sind in jedem Fall eine Reise wert.

Heike Fischer



Zeche Zollverein

ean vor Ort

Sehnsucht nach Entschleunigung Pilgern mit der ean

Unter dem Motto: „**Sehnsucht nach Entschleunigung**“ bot der AK Familie der ean eine eintägige geführte Pilgerwanderung auf dem www.Kapellenpilgerweg.de – Bad Bergzaberner Land von Klingenstein nach Bad Bergzabern (ca. 10 km) an.

Wer sich auf einen Pilgerweg macht, nimmt Abstand vom Alltag und öffnet sein Herz für neue Eindrücke und Erfahrungen. Die Schönheit der Natur, Meditationen geben dem Pilger die Möglichkeit seine persönliche Lebensgestaltung zu überprüfen. Den Weg unter die Füße zu nehmen zu einer Auszeit, in der ich Zeit habe mich körperlich, geistig und seelisch zu regenerieren. Pilgern ist mehr als Wandern. Es ist ein Unterwegssein auf äußeren und inneren Wegen. So machten sich am 12. September 2010, 15 Personen auf den Weg. Treffpunkt war Klingenstein - Pfalzkrankenhaus am Gedenkplatz für die NS Opfer. Gemeinsam begann der "Pilgerweg" am Denkmal mit einer kurzen Erklärung und Meditation - angeregt durch die markante Plastik aus Sandstein. Von dort war schon die nächste Station die Nikolauskapelle zu sehen.

Über Gleiszellen und Gleishorbach erreichten wir Pleisweiler und suchten zur Andacht und Meditation die schöne kleine Protestantische Kirche auf.

Es gehört zum Pilgern dazu, dass die Teilnehmer sich mit Wasser, Obst und Brot entsprechend selbst versorgen, sodass wir unterwegs - eine Mahlzeit im Gelände einnahmen.

Die Pleisweiler Kirche hat sehr schöne Fenster, gestaltet von der Künstlerin *Ada Issensee*, Remshalden-Buch, die zum Meditieren einladen. In der Mitte sind das die Fenster – von der Menschen Elend – mit z. B. Kain und Abel im Ying und Yang Symbol – von der Menschen Erlösung –, Jesus im Lebensbaum und – von der Dankbarkeit –, mit Jakob und Engel. Unsere Route führte uns weiter nach Bad Bergzabern, über das ehemalige Kloster Liebfrauenberg, dort rasteten wir und unser Wegbegleiter *Pfarrer Unkrich* erinnerte uns an unsere Füße. Wir schämen uns oft unserer Füße, dabei sind

diese hochkomplizierten Gliedmaßen so wichtig. Darauf können wir stehen, laufen, bewegen und Gleichgewicht halten. Schweigend und im Gleichgewicht mit uns kamen wir nach Bad Bergzabern, wo wir am Nachmittag die Pilgertour in der Kath. St. Martinkirche beendeten. Dort erfuhren wir noch Einiges aus dem Leben von *Edith Stein*, die hier getauft worden war. In einer gemütlichen Weinstube in Schweigen ließen wir den Tag ausklingen und konnten die Heimreise gestärkt an Leib und Seele antreten.

Siegfried Aulich

Stehen bleiben!

*Einmal stehen bleiben
in der Hektik des Alltags
nachdenken
sich anrühren lassen
den Herzschlag
spüren
die Atmung wahrnehmen
Leere zulassen
sich anfreunden
ja sagen
zu diesem Tag
Neues erwarten
gehalten sein*

- *Susanne Moser* -



**Pilgergruppe in Klingenstein - Pfalzkrankenhaus
am Gedenkplatz für die NS Opfer.**

Standpunkte prallen aufeinander

Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaften diskutierten mit *Peter Weiß* (CDU) über Sparprogramm und Gesundheitspolitik

Lahr. Das Sparprogramm und die Gesundheitspolitik waren Themen einer Diskussionsrunde im Gemeindesaal der Melanchthongemeinde in Dinglingen. CDU Bundestagabgeordneter Peter Weiß hatte beim Schlagabtausch mit Vertretern aus Kirche und Gewerkschaften keinen leichten Stand.

Viele Arbeitnehmer fühlten sich „wie eine ausgepresste Zitrone“, sagte DGB-Kreisvorsitzender *Klaus Melder* zu Beginn der Veranstaltung. Sie erwarteten bei allem Sparzwang eine gerechte Verteilung der Lasten. *Weiß* erläuterte demgegenüber die außergewöhnlichen Herausforderungen, die durch Finanz- und Kapitalmarktkrise entstanden seien. Dabei habe Deutschland die Krise noch am besten gemeistert. Inzwischen sei man sogar auf dem Weg zu einem kleinen Wachstum und die Arbeitslosenzahl entwickelte sich bemerkenswert gut. Auch in der Krise habe sich das Prinzip der Sozialpartnerschaft bewährt.

Weiß ging dann auf die geplanten Sparmaßnahmen ein. Der soziale Tag verschlingt 54 % der Staatsausgaben - dieser große Bereich könne nicht ausgespart werden. Er bedauerte, dass die Anhebung des Spitzensteuersatzes am Koalitionspartner Effekt wie eh gescheitert sei. Dies wäre ein wichtiger Beitrag für das Gerechtigkeitsgefühl gewesen. *Meister* endete die geplanten Änderungen, erwähnte den Schutz für Kranke und Behinderte und bezeichnete den eigenen Regelsatz für Kinder als „revolutionär“.

Pfarrerin *Barbara Kündiger* kritisierte den großen Einfluss der Wirtschaft, die den Politikern sagte, „wo es langgeht“ und plädierte für ein besseres Zusammenwirken zwischen Sozial- und Bildungspolitik.

Lahrer Zeitung

Christen protestieren

Christen ist Stuttgart 21 nicht gleichgültig

Als Christinnen und Christen im April 2010 zum Internationalen Bodensee-Kirchentag in Radolfzell kamen ahnten sie nicht, wie bald ihr Motto „Die Frucht der Gerechtigkeit wird Friede sein“ seine Bewährungsprobe im Alltag bestehen muss. Der Erfurter Probst *Heino Falcke* erinnerte uns daran: Gottes Auftrag, die natürliche Umwelt zu bewahren, gehört zum Bekennen des Glaubens. Gleichgültigkeit kann keinen Frieden schaffen. Christen ist Stuttgart 21 nicht gleichgültig. Aber auch Giftmülldeponien und die angeblich sichere „Endlagerung“ strahlenden Atommülls zerstören unsere Umwelt. Das Vertrauen in Regierende, die mehr privaten Profitinteressen als dem Gemeinwohl dienen, schwindet schnell. Nicht mehr Polizisten, Wasserwerfer und Pfefferspray sind nötig, sondern ernsthafte Bemühungen um neues Vertrauen, damit sozialer Friede und eine gerechte Zukunft Gestalt annehmen. Christen unter den Demonstranten randalieren nicht, sondern nehmen ihren Auftrag ernst.

Dr. Heinz Kapp, Singen

45.000 Menschen bei DGB-Kundgebung in Stuttgart

DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf und IG Metall-Chef Berthold Huber fordern einen politischen Kurswechsel für mehr soziale Gerechtigkeit

45.000 Gewerkschafter und Teilnehmer aus Verbänden, wie KAB und ean haben auf dem Stuttgarter Schloßplatz gegen die zunehmende soziale Schieflage in Deutschland demonstriert.

„Eigentum verpflichtet – so steht es in unserem Grundgesetz. Es wird Zeit, diesen Artikel zu entstauben und auf Hochglanz zu polieren!“ Landgraf forderte, die Milliarden bei denen zu holen, die es sich leisten könnten: „Eine Politik, die die Schwachen drangsaliert, aber die Reichen schont - eine solche Politik ist zutiefst unsozial.“

Auch *Esther Kuhn-Luz*, Sozialpfarrerin forderte Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Siegfried Aulich

ean vor Ort

"**Wege zum Glauben**" unter diesem Tagungsthema trafen sich 38 ean-Senioren zu ihrer alljährlichen Tagung vom 02.11- 05.11.2010 in Bad Herrenalb.

Im ersten Gespräch am Dienstagabend mit *Sr. Ilse Wolfsdorff*, Kehl, wurden die Erwartungen und Vorstellungen von dieser Tagung besprochen. Wie wurde der vermittelte Glauben anerzogen und wie wird dieser Glaube in der Realität umgesetzt? Oder wird dieser Glaube geschenkt? Was muss ich glauben und wie muss ich meinen Glauben leben um als Gläubiger anerkannt zu werden? Fazit dieses Gespräches: Jeder muss selbst verantworten vor sich und Gott, was er tut.

Herr Pfr. Hilsberg aus Radolfzell hatte zwei Themen vorbereitet: "Als ich ein Mann ward, tat ich ab was kindlich war und wenn ihr nicht, werden wir die Kinder"

Der erste Teil beschäftigte sich mit der Frage nach Gott - ist er lieb und gerecht - wie ist das zu verstehen, er wird kommen zu richten die Lebenden und die Toten? Wie kann es grenzenlose Liebe geben und gleichzeitig Gerechtigkeit - Tod und Sühneopfer?

Erkenntnis: Gott bringt das Opfer selbst - Schuld und Tod aus der Welt zu schaffen. Gottesfurcht ist, wenn Du das Richtige tust, ohne dass einer Dir sagt, was du tun musst. Nachmittags war das Leitwort, wenn ihr nicht werdet wie die Kinder - wie vermittele ich meinen Kindern Glauben. Klar wurde, dass Gott kein Lückenbüßer ist, dass er kein Erziehungs-gehilfe und auch kein großmütiger Opa mit langem Bart und weißem Haar ist. Wir müssen auf Fragen der Kinder so antworten, dass wir jederzeit glaubwürdig bleiben und nichts zurücknehmen müssen, zwar nur soviel sagen, wie verstanden wird, aber nicht schwindeln. Kinder sind in Glaubensfragen unvoreingenommen, merken aber schnell wenn nichts dahinter steht. Kindertaufe oder Erwachsenentaufe wurde diskutiert - was bedeutet Taufe für mich? Zugehörigkeit - Schutz. Ich bin getauft und gehöre zu Gott, egal ob ich danach lebe oder nicht. Was hindert uns Erwachsene kindlich zu vertrauen? Lebenserfahrung - schlechte Erfahrung - Abhängigkeit - Erwartungshaltung auch im Christsein - Misstrauen - Verbitterung - die Frage - wie kann Gott dies zulassen - Enttäuschung und Rebellion.

Glauben kann nur Hoffen und Vertrauen sein. Am Donnerstag war *Sr. Ilse Wolfsdorff* unsere Referentin. In ihrer Andacht war wichtig der Gedanke des Fundamentes. Ohne Fundament kann ich keine Brücken bauen - ohne ein festes Fundament kann nichts stehen bleiben. Aufbauend auf dieser Andacht wurden die Fragen vom Dienstagabend bearbeitet und darüber nachgedacht, was heißt Glaube?

Glauben heißt Vertrauen - geloben versprechen - Wer an Jesus glaubt, erfährt Rettung und Heil, wer an Jesus glaubt wird leben, auch wenn er stirbt.

Anhand von Abraham, Isaak und Jakob wurde über die Zusage von Gott diskutiert. Hat Abraham der Verheißung geglaubt, Gott wird ihn in ein anderes Land führen und er wird Vater der 12 Stämme sein? Ja, er ist gegangen und hat geglaubt - zeigt es nicht von großem Vertrauen, dass er Isaak opfern wollte, den Sohn, auf den er so lange gewartet hat. Und wie war das bei Jakob - dem Fersenhalter - dem Betrüger und Listigen? Gott hat sich von Jakob nicht abgewendet und Jakob? Er hat so lange mit Gott gerungen, bis er ihm einen neuen Namen gab - Israel. Abraham, Isaak und Jakob sind Menschen, die sich ganz auf Gott verlassen haben.

Herr *Dr. Badewien* zeigte in seinem Referat verschiedene Wege zum Glauben auf. Ganz eindrücklich ging er auf die Sekten ein, nannte u.a. die Zeugen Jehovas, die Neuapostolische Kirche, Scientology und einige mehr. Gravierender Unterschied zu anderen Glaubensrichtungen die der EKD näher stehen, ist der Endzeitgedanke - am Ende der Welt werden nur die Auserwählten ihrer Kirche auferstehen und das Reich Gottes schauen, die anderen sind vom Teufel besessen. Bei den Sekten und freikirchlichen Gemeinden gilt nur eine Meinung.

Auf die elementaren Fragen: wo komme ich her, welchen Sinn hat mein Leben, warum erleide ich mein Schicksal und wo gehe ich hin, kann keine objektive Antwort gegeben werden. Jede Zeit hat ihre speziellen Fragen und muss auch individuell beantwortet werden. Die Vielfalt des christlichen Glaubens ist keine Schwäche, sondern auch Stärke.

In seiner Andacht am Morgen ging Herr *Dr. Badewien* ebenfalls auf das Fundament ein.

Ohne Glaubensunterricht, ohne Kindergottesdienst, Konfirmandenunterricht, Christenlehre ohne gelebten Glauben, gibt es innerhalb der Familie und Gemeinde kein Fundament, das trägt und schützt.

Die Tagungsleitung, Ehepaar Reinecke, bedankte sich bei den Referenten und bei den Teilnehmern für die gute Mitarbeit und hoffen, dass wieder viele im nächsten Jahr vom 31.10.- 03.11.2011 gesund in Bad Herrenalb im Haus der Kirche dabei sein werden. Bis dahin, Gottes Schutz und Segen.

Karlsruhe, den 14. November 2010

Hella Reinecke

Der Lohnentreiber von der Hartz-IV-Behörde Leiter eines Jobcenters klagt gegen Dumpinglöhne

Stralsund (epd). **1,4 Millionen Menschen müssen ergänzend Hartz IV beantragen, weil ihr Lohn zum Leben nicht reicht. Manche Arbeitgeber kalkulieren die staatliche Hilfe regelrecht ein.**

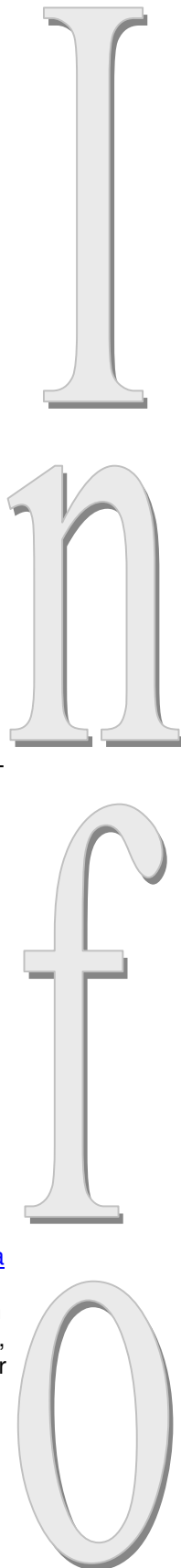
Sie entlohnen nach dem Motto: Warum soll ich meinen Mitarbeitern viel Lohn geben, wenn das Amt zahlt? Ein Behördenchef will das nicht dulden: *Peter Hürfken*, Geschäftsführer des Jobcenters Stralsund zieht vors Arbeitsgericht, um Geld für den Steuerzahler zurückzuholen? mit Erfolg.

Erstmals hat *Hürfken* jetzt in zweiter Instanz gewonnen: Am 2. November bestätigte das Landesarbeitsgericht (LAG) Mecklenburg-Vorpommern in Rostock eine Entscheidung des Arbeitsgerichts Stralsund weitgehend. Dieses hatte im Januar einen ehemaligen Pizzeriabetreiber dazu verurteilt, der Hartz-IV-Behörde 6.617,42 Euro zu überweisen.

Geld, das das Stralsunder Jobcenter Beschäftigten des Restaurants zahlen musste, weil deren Löhne mitunter zwei Euro die Stunde unterschritten und zum Leben nicht reichten. Das Urteil des LAG ist rechtskräftig, Revision zum Bundesarbeitsgericht ließen die Richter nicht zu.

„Mehr Bildungsgerechtigkeit ist überfällig“ Kundgebung der EKD-Synode Schwerpunktthema 7.-9.November 2010

<http://www.ekd.de/synode2010/schwerpunktthema/index.html> Die EKD verlangt grundlegende Schulreformen, damit alle Kinder gleiche Chancen erhalten. Mehr Bildungsgerechtigkeit sei überfällig, hieß es in einem auf der EKD-Synode in Hannover beschlossenen Diskussionspapier. In der Kundgebung werden mehr Ganztagsangebote an Schulen sowie bessere Möglichkeiten zur Integration von Behinderten und Migranten gefordert. Unter dem Thema "Niemand darf verloren gehen! – Evangelisches Plädoyer für mehr Bildungsgerechtigkeit" hatten die Synodalen



unter anderem Referate der Professoren *Christoph Marksches* und *Thomas Rautenbach* gehört.

Christliche Arbeitnehmerorganisationen (ACA) werben für Sozialwahlen Juni 2011

Wirtschafts- und Finanzkrise, Ärztehonorare, teure Pharmaprodukte und allgemein steigende Ausgaben im Gesundheitswesen haben bei vielen gesetzlichen Krankenkassen ein Millionen-Loch entstehen lassen. Seit Februar hat die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) Zusatzbeiträge in Höhe von acht Euro pro Monat, von ihren Versicherten erhoben. Als eine starke "christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit" präsentiert sich die Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA), zu der KAB Deutschlands, Kolping und der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) gehören, im Vorfeld zu den anstehenden Sozialwahlen 2011 in der Kranken- und Rentenversicherung. "Als christliche Kraft in unserem Land wollen wir uns für eine gerechtere Verteilung im Gesundheitswesen und für eine transparente Kontrolle in der Selbstverwaltungsgremien den Sozialversicherungen einsetzen", erklärte ACA-Bundesvorsitzender *Georg Hupfauer*. Mit jedem Kreuz, das die katholischen und evangelischen Sozialverbände der Arbeitsgemeinschaft bei den Sozialwahlen im kommenden Jahr erhalten, sollen christliche und soziale Werte verstärkt eingebracht werden, so der ACA - Bundesvorstand.

KANDIDATEN / - INNEN GESUCHT

Ein starkes Kreuz für christliche Werte benötigt auch Menschen, die Verantwortung in den Selbstverwaltungsorganen der Kranken- und Rentenversicherungen übernehmen. Die ACA - Mitgliedsorganisationen haben bundesweit eine Ausschreibung zur Kandidatenfindung für die Listen der Rentenversicherung Bund, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften (voraussichtlich 12 Organisationen) gestartet. Mit der Ausschreibung verbunden sind auch die KandidatInnen als Rentenberater und für die Direktionsbeiräte der AOK'n. "Eine christliche Kraft gegen soziale Ungerechtigkeit lässt sich nur wirkungsvoll entfalten, wenn viele Menschen mitmachen. Aus diesem Grunde brauchen wir Menschen aus der ean, die sich in den Sozialversicherungen stark machen", betonte *Siegfried Aulich*, ean Geschäftsführer. Interessierte können sich bei ihm melden.

**Mit jedem Kreuz stärker
Christliche Kraft gegen
soziale Ungerechtigkeit**

Infos/Kontakt:

Evang. Arbeitnehmerschaft
der Ev. Landeskirche in Baden
Blumenstr. 1 Tel. 0721-9175-366 oder 364
Postanschrift: Postfach 2269
76010 Karlsruhe

Transaktionssteuer gefordert Beschluss zu Millenniumsentwicklungszielen gefasst

http://www.ekd.de/synode2010/presse/pm289_2010_synode_millenniumsziele.html

Die Folgen der Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise in Entwicklungsländern sollen durch die Erträge einer Finanztransaktionssteuer gemindert werden. Das beschloss die EKD-Synode auf ihrer Tagung in Hannover. In ihrem Beschluss zu den UN-Millenniumsentwicklungszielen fordern die Synodalen die Bundesregierung auf, einen Aktionsplan mit konkreten und messbaren Schritten zu entwickeln.

BA-Chef Alt will Billigarbeit ohne Zwang

Berlin. Ein-Euro-Jobs nur noch auf freiwilliger Basis? *Heinrich Alt*, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, regt an, umstrittene Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose den Zwangscharakter zu nehmen. Der Instrumentenkasten der Arbeitsvermittler muss in Zukunft ohnehin überholt werden: Sparauflagen der schwarz-gelben Koalition und die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlangen nach einer neuen Strategie. „Wir müssen weniger machen, das dafür aber länger und wirksamer“, fordert *Alt*. Neuausrichtung der Förderpolitik, dazu Umsetzung der Hartz-IV-Reformen – die Bundesagentur im Dauerstress.

Zielgruppe der Zukunft

Die Zielgruppe der Zukunft müssten die schwer vermittelbaren Arbeitslosen sein, heißt es bei der Bundesagentur. Denn dank Boom und Jobwunder läuft das Vermittlungsgeschäft im Bereich der Arbeitslosenversicherung gut. Die hohe Nachfrage führt bereits zur Klage der Unternehmen über Fachkräftemangel. Der Aufschwung geht an den Langzeitarbeitslosen nicht vorüber, doch erfolgt der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit langsam. Zwei von drei Arbeitslosen fallen unter die Hartz-IV Gesetzgebung, insgesamt zwei Millionen. Das sind 118 000 weniger als vor einem Jahr.

I

n

f

O

Mittelkürzung geplant

Die Bundesregierung will mit dem Sparpaket die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen Langzeitarbeitsloser – also Ein-Euro-Jobs, Einstiegsgeld oder Beschäftigungszuschüsse – kürzen. Gegenüber diesem Jahr sollen die Mittel um 1,3 Milliarden Euro auf 5,3 Milliarden Euro gekürzt werden. „Die Mittel werden auf den Ansatz des Jahres 2006 zurückgeführt, die Arbeitslosigkeit liegt aber bereits niedriger als damals“, sagte der Sprecher des Bundesarbeitsministeriums, *Jens Flosdorff*. „Es gibt pro Kopf mehr Geld als 2006.“ Die Ein-Euro-Jobs werden von der Bundesagentur häufig vergeben: Seit Jahresbeginn haben 657400 Personen eine solche Tätigkeit begonnen, im Oktober befanden sich 328 500 Personen in Ein-Euro-Jobs. Wer die Aufnahme einer solchen Arbeitsgelegenheit ablehnt wird mit Kürzung, im Extremfall mit Streichung von Hartz IV sanktioniert.

Neuausrichtung der Förderung

Die Neuausrichtung der Förderung mit weniger Geld und einem steigenden Anteil Langzeitarbeitsloser muss parallel zur Hartz-IV-Reform erfolgen. Hier arbeitet die Arbeitsagentur derzeit ins Blaue hinein: Eine politische Einigung steht aus, wird womöglich erst im nächsten Jahr nach einem Vermittlungsverfahren erreicht. Zum 1. Januar soll jedoch ein neuer Regelsatz – die Regierung plant 364 Euro – ausgezahlt werden und das Bildungspaket für Kinder den Betroffenen zur Verfügung stehen. „Ich bedauere sehr, dass aus formalen Gründen frühzeitige Verhandlungen blockiert sind“, sagt *Ursula von der Leyen*. Die SPD besteht darauf, mit der Kanzlerin direkt über Hartz IV zu verhandeln. BA-Vorstand *Alt*: «Es braucht sensible Mitarbeiter, die mit schwierigen Lebenssituationen von Menschen umgehen können.»

Christoph Slangen

 ean
engagiert • alternativ • nachhaltig

Kirche & Gesellschaft

Warum brauchen wir heute noch ein Kreuz der Arbeitslosen?

Das Kreuz ist ein dreifaches Zeichen. Ein Zeichen der Klage, ein Zeichen des Protestes und ein Zeichen der Hoffnung und Mahnung.

Arbeitslosigkeit ist ein Unrecht, das Menschen in tiefe Verzweiflung stürzen kann. Vätern und Müttern, die ihren Kindern **nicht** mit dem Lohn eigener Arbeit die Existenz sichern und eine Freude bereiten können, wird ein tiefe Scham auferlegt. Und spätestens seit der Rettung der Banken weiß alle Welt, dass Mittel verfügbar wären, um Arbeit für Alle zu beschaffen. Arbeitslosigkeit ist **keine** Naturkatastrophe wie die Pest, an welche noch die Pestkreuze bei Emmingen erinnern. Selbst diese furchtbare Pestseuche konnte durch Kanalisation und Hygiene besiegt werden. Warum soll dann die von Menschen erzeugte Arbeitslosigkeit nicht ebenfalls besiegt werden? Daher beklagen wir, dass Wirtschaft und Politik nicht menschlicher geworden sind.

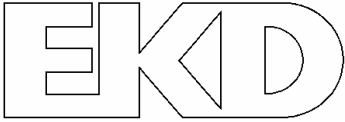
Und darum ist dieses Kreuz ein Zeichen des Protestes. 1793 hat die französische Regierung erstmals ein Gesetz gegen Armut und Arbeitslosigkeit erlassen. Es lautet: „Die Volksunterstützungen sind eine heilige Schuld. Die Gesellschaft schuldet den notleidenden Bürgern den Unterhalt, sei es, indem sie ihnen Arbeit beschafft, sei es, dass sie denen, die arbeitsunfähig sind, die Existenzmittel sichert.“ (Michelet II, 335) Statt diese Schuld anzuerkennen, wird immer noch so getan, als ob Arbeitslose selbst schuld seien. Dagegen protestieren wir als Christen mit den Gewerkschaften. Das Kreuz ist ein Zeichen der Hoffnung. Als wir vom Internationalen Bodenseekirchentag in Bregenz eine Spende für die Betroffenen der Entlassungswelle bei KHD- Fahr in Gottmadingen erhielten, wollten wir auch die Singener zur Solidarität und zur Begleitung der Entlassenen auffordern. Das Kreuz wurde am 1. Mai 1994 mit dem katholischen Betriebsseelsorger *Paul Schobel* unter dem Bibelspruch eingeweiht:

„**meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.**“ (2. Kor. 12.9) Weil wir dieser Kraft vertrauen, haben wir das Kreuz auch vor der ALU und der MAGGI errichtet, als dort Arbeitsplätze bedroht waren. Wir haben auch in Konstanz mit einem Kreuzweg zur NYCOMED und zur TELEKOM Menschen Mut gemacht, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Und manchmal wurden unsere Hoffnungen auch bestätigt. Wir sind froh über jeden einzelnen Arbeitsplatz, der nicht aufgegeben wurde. Aber der Weg zu einer Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität, den deutsche Bischöfe 1997 gemeinsam vorgezeichnet haben, ist immer noch sehr weit. Das Kreuz der Arbeitslosen mahnt uns, diesen Weg mit allen unseren Kräften endlich zu beschreiten.

Dr. Heinz Kapp, Singen



Kreuz der Arbeitslosigkeit der ean in der Innenstadt von Singen



Presseinformation

„Sorge um das solidarische Gesundheitssystem“ Rat der EKD veröffentlicht Orientierungshilfe

Unter dem Titel „Das Prinzip der Solidarität steht auf dem Spiel“ hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) heute eine Orientierungshilfe zur geplanten Gesundheitsreform der Bundesregierung veröffentlicht.

Der Vorsitzende des Rates der EKD, *Präses Nikolaus Schneider*, schreibt im Vorwort des 32-seitigen Textes: „Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) nimmt mit der hier vorgelegten Orientierungshilfe des Rates zu diesem Reformvorhaben Stellung, weil es ihr um die grundlegenden Fragen der Gemeinwohrentwicklung in Deutschland geht. Angesichts des enormen gesellschaftlichen und demographischen Wandels geht es heute darum, eine nachhaltige Finanzierung und eine eigenverantwortliche Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zu fördern, zugleich aber sicherzustellen, dass Gerechtigkeit und Solidarität erhalten oder – wo nötig – überzeugend neu gestaltet werden.“ Dabei könne auch der Wettbewerb dazu dienen, Anreize für fachliche Innovationen zu schaffen. Vor allem aber, so *Schneider* weiter, müssten Fachkräfte aus Medizin und Pflege und auch aus anderen therapeutischen Berufen gewonnen und zur Mitarbeit ermutigt werden.

Die Orientierungshilfe wurde von einer ad-hoc-Kommission unter Vorsitz des Erlanger Theologen *Prof. Dr. Dabrock* erarbeitet. *Dabrock* stellte anlässlich der Veröffentlichung des Textes fest: „Die geplante Gesundheitsreform belastet überproportional Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen oder geringem Einkommen. Eine solche Lastenverteilung ist schwer vereinbar mit dem christlichen Grundsatz der vorrangigen Option für die Schwachen und Benachteiligten. Sie ist auch politisch unklug, weil das Leben in einer Gesellschaft, die die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wachsen lässt, für fast alle, Arme wie viele Reiche, nachteilige Konsequenzen hat.“

Einer der Hauptkritikpunkte des Papiers ist die Tatsache, dass nach den Plänen der Bundesregierung die einkommensrelative Beitragsfinanzierung zugunsten einer im Prinzip nach oben hin offenen einkommensunabhängigen Zusatzleistung ergänzt werden soll. Dagegen solle die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die schon in der letzten Gesundheitsreform unterminiert

wurde, mittelfristig noch weiter zurückgenommen werden. Auch die geplante Erleichterung des Wechsels zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sowie die kurzfristigen Kostendämpfungsmaßnahmen, die zu weiteren Personaleinsparungen führen werden, so *Dabrock*, sehe die EKD kritisch. Auch wenn die vorgesehenen Reformschritte eher zaghaft erscheinen, bedeuten sie doch eine „stille Revolution für das Gesundheitswesen“. Deshalb halte der Rat der EKD eine öffentliche Debatte über Zukunftskonzepte für dringend geboten.

Dabei sei der Rat davon überzeugt, dass eine gerechte und gute Gesundheitspolitik wesentliche Impulse aus religiösen Überzeugungen gewinnen kann. Denn es gehe um mehr als Kostenmanagement und Versicherungstechnik: „Versicherte brauchen Vertrauen in eine gute Gesundheitsversorgung, Leistungserbringer Planungssicherheit und Gestaltungsmöglichkeiten und Kostenträger eine auskömmliche Finanzierung, die allerdings die Gesamtgesellschaft nicht überlasten darf“ - so *Präses Schneider* in seinem Vorwort.

Aufgrund ihrer Sorge um ein zukunftsfähiges und solidarisches Gesundheitssystem in Deutschland hat die EKD im Februar dieses Jahres eine ad-hoc-Kommission zu den zukünftigen Herausforderungen des Gesundheitswesens einberufen. Diese Kommission wird bis zum Frühjahr 2011 eine Schrift erarbeiten, die Vorschläge für notwendige Schritte zum Erhalt und zur Neugestaltung des Gesundheitssystems machen wird und dabei auch die Fragen der Pflege nicht ausklammert. Angesichts der aktuellen Diskussion um das GKV-Finanzgesetz hielt es der Rat der EKD jedoch für geboten, kurzfristig eine Orientierungshilfe vorzulegen, die auf das aktuelle Reformvorhaben reagiert.

Hannover, 03. November 2010

Pressestelle der EKD
Reinhard Mawick

„Das Prinzip der Solidarität steht auf dem Spiel“ erscheint als EKD-Text 110. Der Text hat 31 Seiten und kann zum Stückpreis von 1,05 € über das Kirchenamt der EKD bezogen werden [Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover, Telefon (0511) 2796-460, Fax (0511) 2796-457 oder E-Mail: versand@ekd.de]. Der Text ist auch über das Internet abrufbar unter http://www.ekd.de/EKD-Texte/ekdtext_110.html

Kirche & Gesellschaft

Erklärung

Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ in Baden-Württemberg gegründet

Die unterzeichnenden Verbände schließen sich zu einem Aktionsbündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ in Baden-Württemberg zusammen. Gemeinsam fordern sie angesichts der von der schwarz-gelben Regierungskoalition vorgelegten Eckpunkte zur zukünftigen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einen solidarischen Kraftakt.

Unser Gesundheitswesen ist noch eines der besten der Welt. Die solidarische Finanzierung der GKV sichert insgesamt noch immer eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung für alle Versicherten – unabhängig vom Einkommen.

Zur Schließung der akuten Finanzlücke 2010/2011 der GKV halten die Unterzeichner jetzt folgende Sofortmaßnahmen für die Sicherung der GKV-Finzen für dringend erforderlich, um einseitige Mehrbelastungen der Versicherten zu beenden:

1.
Die politisch veranlasste Unterfinanzierung der GKV durch den Gesundheitsfonds (95 Prozent) wird aufgehoben. Die GKV-Ausgaben werden zu 100 Prozent solidarisch ausfinanziert.

2.
Die volle paritätische Beitragsgestaltung in der GKV wird wiederhergestellt. Die Arbeitgeber leisten zukünftig wieder den gleichen Beitrag wie die GKV-Mitglieder, die schon seit 2005 0,9 Prozentpunkte mehr als die Arbeitgeber tragen. Wir lehnen jede weitere einseitige Belastung der Versicherten, wie sie das von der Regierungskoalition vorgelegte Modell vorsieht, als unausgewogen ab. Die finanziellen Lasten müssen solidarisch getragen werden. Es ist inakzeptabel, wenn die Arbeitgeber bei der künftigen Finanzierung der GKV nicht paritätisch beteiligt werden.

Einkommensunabhängige Kopfpauschalen in unbegrenzter Höhe werden wir nicht hinnehmen.

Die vorgelegten Eckpunkte der Regierungskoalition stellen den Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems dar und werden abgelehnt. Wir stehen dafür, die solidarische Finanzierung der GKV zu stärken und sie zu einer Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Und wir wollen die Kopfpauschale stoppen.

Bis zum 27. Juli 2010 haben diese Erklärung folgende Organisationen unterzeichnet. Weitere sind willkommen!

Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden (AWO) Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen in Baden-Württemberg (ACA)
Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Württemberg (AWO)
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Baden-Württemberg (DGB)
Föderation Demokratischer Arbeitervereine Baden-Württemberg (DIDF)
Sozialverband VdK Baden-Württemberg
Landesfamilienrat Baden-Württemberg
Naturfreunde in Baden-Württemberg
Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden (ean)
Katholische Arbeitnehmerbewegung, (KAB)
Diözesanverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart
Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Bis zum 27. Juli 2010 haben diese Erklärung folgende Organisationen unterzeichnet. Weitere sind willkommen!



Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden (AWO)



Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Württemberg (AWO)



Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Baden-Württemberg (DGB)



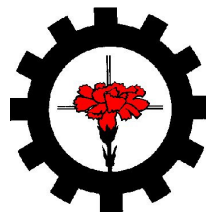
Katholische Arbeitnehmerbewegung, (KAB)
Diözesanverbände Freiburg und Rottenburg-Stuttgart



Naturfreunde in Baden-Württemberg



Arbeitsgemeinschaft Christlicher
Arbeitnehmerorganisationen in
Baden-Württemberg (ACA)



Betriebsseelsorge in der
Diözese Rottenburg-
Stuttgart



Föderation Demokratischer Arbeitervereine
Baden-Württemberg (DIDF)



Landesfamilienrat Baden-Württemberg



Sozialverband VdK Baden-Württemberg

**Mein Freund, mach mit!
- denn Jesus möchte Dir begegnen -**

Weihnachten
und leise Trauer
schleicht um mein Herz hinter einer Mauer.

Erwachsen-sein:
in so vielem scheinbar festgelegt.
Keinen Mut zur Freude?

Trägheit - Routine.
Alles geht seinen Gang.
Welchen Gang? - Wo ist mein Gang, Weg?

Ich kann mich nur für mich entscheiden:
Herzmauer durchlässig machen
für Überraschungen offen sein
meinen Weg finden.

Weihnachten.
Nach der Adventzeit angekommen.
ER will mir begegnen.
Es gehört Mut zum Ja
- für das eigene offene Herz
- für das Unerwartete
- für das Wachbleiben um kleine Wegzeichen wahrzunehmen.
Es gehört Mut zum Ja zur eigenen Freude.

ER will sie mir bringen.
Auch diese Weihnacht.
Höre ich es klopfen?
Mache ich auf?
Lade ich die Freude ein?

Trauer schleicht um die Mauer meines Herzens?
Ich will sie fortscheuchen.
Noch lebe ich, wenn auch als Erwachsene.
Aber auch als Erwachsene darf ich lebendig sein.

HA, ich sage JA!
Trotz gewohntem Gang will ich geöffnet bleiben
für Dich - Lebensfreude zur Weihnachtszeit.
Hey, mein Freund, mach mit!
Es ist so traurig allein froh zu sein.

Angela H. Timm

*Die ean Baden und der KDA wünschen allen unseren
Mitgliedern, Leser und Leserinnen frohe, friedvolle
Weihnachten und ein gutes neues Jahr!*

*Siegfried Strobel, Akademiedirektor
Siegfried Aulich, Sozialsekretär KDA/e
Annette Klein, Sekretärin KDA/e
Valerie Kraft, Sekretärin Akademie/KDA*

Wir bieten an:

Bitte fordern Sie die Programme bei unserer Geschäftsstelle – ean, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe – Telefon 0721/9175-364, Mail: annette.klein@ekiba.de – an.
Zu unseren Veranstaltungen sind Sie herzlich eingeladen. Unsere Angebote sind offen für alle.

Besondere Veranstaltungen / Tagungen und Seminare

Dezember 2010

- 10.12.10 Adventstagung in Speyer
bis „Von der Zauberkraft des Wünschens!“**
12.12.10 Ref.: *Gisela Schmidt-Berger*, Pädagogin, Therapeutin, Karlsruhe, *Gisela Bartholomä*, Erwachsenenbildnerin, Ltg. *Willi Rojek* und *Ursula Stolle*

Januar 2011

- 28.01.11 Familientagung in Hohritt
bis „Leistung und Chancengleichheit –
30.01.11 Illusion oder Möglichkeit“**, Ref.: Peter Cleiß, Studienleiter, KA, Bernd Haselmann, Leit. Regierungsschuldirektor, Frbg., Dr. Hans-Joachim Friedemann, Regierungspräsidium Frbg. Ltg. *Ulrich Bomke*, *Siegfried Aulich*

Februar 2011

- 11.02.11 ean Tagung in Bad Herrenalb
bis Mystik – Lebenshilfe für Heute!**
13.02.11 Ref.: Pfrin. *Dr. Irene Leicht*, Frbg., Ltg. *Siegfried Aulich*

März 2011

- 12.03.11 Mitarbeitertag Rastatt**

Mai 2011

- 01.-05.11 Evang. Kirchentag Dresden**

Juni 2011

- 16.06.11 21. ean Fahrradtour
bis Meppen / Emsland**
22.06.11 Ltg. *Friedhelm Tschertter*

August 2011

- 01.08.11 ean Familienfreizeit in
bis Neunkirchen/Saarland**
06.08.11

November 2011

- 21.10.11 ean Landestagung mit Wahlen
bis in Bad Herrenalb**
23.10.11

Veranstaltungen ean Freiburg!

Infos bei:

**Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt/
Evangelische Arbeitnehmerschaft e.V.**

Für weitere Informationen zur ean-Freiburg:

| | | |
|--|---|--|
| Maienstr. 2, 79102 Freiburg Tel.: 0761 - 888 51 888 Fax: 0761 - 888 51 889 E-Mail: kda.suedbaden@ekiba.de | Roland Reihis Zähringer Str. 13 79211 Denzlingen Tel.: 07666 – 2506 | Hanna Reiner Hermannstr. 13 79098 Freiburg Tel.: 0761 – 272010 |
|--|---|--|

Die ean-Gruppe Freiburg trifft sich jeden 3. Dienstag im Monat um 18.00 Uhr zu einem „Stammtisch“ im Gasthaus „Zähringer Tor“, Zähringerstr. 3, Freiburg, (Komturplatz) dort besteht die Gelegenheit zum Austausch aktueller Themen, evt. auch mit einem Impulsreferat.

Veranstaltungen ean Bodensee

Es findet in der Regel monatlich ein Solidaritätsforum statt

ean e.V. Bodensee, *Joachim Schulz* Pfr. i. R., Hirschweg 12, 78476 Allensbach
Tel.. 07533-935349
Fax: 07533-935378/79

Jahresprogramm 2011 ist in Bearbeitung!

Änderungen vorbehalten!

IMPRESSUM

Evang. Arbeitnehmerschaft im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden, Blumenstraße 1-7, 76133 Karlsruhe, Telefon: 0721/9175-366/364, Fax: 0721/9175-25-364, Mail: ean@ekiba.de
Mitarbeiter der Redaktion:

Siegfried Aulich, Annette Klein, Wilhelm Rojek, Gabriele Vetter

Für die namentlich gekennzeichneten Berichte sind die Verfasser verantwortlich

Nächster Redaktionsschluss: 25.02.2011

Bitte senden Sie ihre Berichte, Vorschläge, Leserbriefe möglichst formatiert per Mail oder Fax an *Annette Klein*, Mail: annette.klein@ekiba.de, www.ean-baden.de